

Kurzbericht

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(76. und 77. - öffentliche - Sitzung am 2. Oktober 2024)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4900](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2024 bis 2028**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/5206](#)
2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2025**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5319](#)

Der - federführende - Ausschuss behandelt die Tagesordnungspunkte 1 und 2 gemeinsam.

Es ergibt sich folgender Beratungsverlauf:

- Einbringung durch den Finanzminister zu TOP 1 a und b unter Einbeziehung der Einzelpläne 04 - Finanzministerium -, 13 - Allgemeine Finanzverwaltung - und 20 - Hochbauten,
- Einbringung durch die Fraktionen der SPD und der Grünen zu TOP 2,
- Stellungnahme der Präsidentin des Landesrechnungshofs,
- Allgemeine Aussprache,
- Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens gemäß Artikel 57 Abs. 6 NV,
- Kenntnisnahme der Vorlage 142 (MF) - Bericht zur „Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen“, Finanzstatusbericht 2024,
- Beginn der Gesetzesberatungen und Erörterung von Verfahrensfragen,
- Beratung der Einzelpläne 04 und 20 unter Einbeziehung der MiPla 2024 bis 2028,
- Kenntnisnahme der Vorlage 160 (MF) - Parlamentarische Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2025 und der Mittelfristigen Planung 2024 bis 2028.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4900](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2024 bis 2028**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 19/5206](#)

Der - federführende - Ausschuss behandelt den Einzelplan 14 -Landesrechnungshof - unter Einbeziehung der Mipla 2024 bis 2028. Er nimmt die Einbringung durch die Präsidentin des Landesrechnungshofs entgegen und führt die Allgemeine Aussprache sowie die Einzelberatung durch.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5313](#)

Der - federführende - Ausschuss beginnt mit der Beratung und erörtert Verfahrensfragen. Der Ausschuss bittet die Landesregierung, ihn zu dem Gesetzentwurf zu der für den 23. Oktober 2024 vorgesehenen Sitzung schriftlich zu unterrichten. Anschließend soll über eine Anhörung entschieden werden.